

# **Offener Brief**

**an die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien CDU, SPD, FDP und Linke**

**Sehr geehrte Damen und Herren,**

**mit diesem Schreiben wenden wir uns an Sie mit der dringenden Bitte, den Antrag von Bündnis90/Die Grünen (Drucksache 17/792 vom 24. 02. 2010) „Europäische Tierversuchsrichtlinie muss ethischem Tierschutz Rechnung tragen - Stellungnahme des Deutschen Bundestages gemäß Artikel 23 Absatz 3 Grundgesetz“, zu unterstützen, der am 24. März 2010 zur Abstimmung vorgelegt wird.**

**Wir begründen diese Bitte wie folgt: Da die EU-Tierversuchsrichtlinie von 1968 - „Richtlinie zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere“ - dringend einer Überarbeitung bedurfte, legte die EU-Kommission im November 2008 einen Entwurf vor, der in einigen Punkten deutliche Verbesserungen für die Tiere enthält. Leider wurde dieser Entwurf systematisch von allen relevanten Gremien ausgehöhlt, denen er zur Beschlussfassung vorgelegt wurde: vom Bundesrat (02/09), vom Agrarausschuss (03/09) und, was besonders skandalös ist, selbst vom EU-Parlament (03/09), unserer „Volksvertretung“.**

**Unrühmlich tat sich vor allem das Bundesministerium für Bildung und Forschung hervor, das auch die geringsten Einschränkungen von Tierversuchen ablehnte und massiv auf das federführende Bundeslandwirtschaftsministerium einwirkte - mit dem altbekannten Hinweis, die Forschungsfreiheit dürfe nicht eingeschränkt werden. Und dies angesichts der Tatsache, dass auch der Tierschutz Verfassungsrang hat!**

**Wenn der im Dezember 2009 zwischen EU-Kommission, EU-Parlament und Ministerrat ausgehandelte Kompromisstext Gültigkeit bekommen sollte, ist das Schicksal von Millionen von Versuchstieren besiegelt. U. a. soll erlaubt sein, die Tiere auch schwersten Schmerzen auszusetzen; der ursprüngliche Entwurf wird geradezu pervertiert, indem den Mitgliedsländern untersagt wird, selbst Verbesserungen im Tierschutz vorzunehmen.**

**Wir appellieren an Sie, sehr geehrte Damen und Herren, dem Antrag von Bündnis90/Die Grünen, der einige wesentliche Punkte des Kommissionsentwurfs aufgreift, zuzustimmen:**

- Eine Ethikkommission soll im Rahmen des Genehmigungsprozesses von Projekten, die lebende Tiere einschließen, prüfen, ob die zu erwartenden Schmerzen, Leiden oder Schäden der Versuchstiere ethisch vertretbar sind.**
- Das Verfahren zur Anerkennung von Alternativmethoden soll - unter Beibehaltung hoher Qualitäts- und Sicherheitsstandards - beschleunigt werden.**
- Die Qualifikation der Versuchsdurchführenden hat nach einheitlichen Maßstäben zu erfolgen und von den Pflege- und Unterbringungsstandards darf in keinem Fall zu Lasten der Versuchstiere abgewichen werden.**
- Die Richtlinie soll - wie bisher üblich - eine Mindestharmonisierung herstellen, darüber hinausgehende Verbesserungen des Tierschutzes auf nationaler Ebene sollen jedoch weiterhin möglich sein.**

**Wir unterstützen gleichfalls den Antrag, der Deutsche Bundestag möge die Bundesregierung auffordern, dem Richtlinienentwurf nicht zuzustimmen, falls diese sich mit den o. g. Forderungen nicht durchsetzen kann. Unsere Unterstützung findet ebenfalls der Passus „Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, den Deutschen Bundestag unverzüglich in die Beratung des Richtlinienentwurfs entsprechend den Regelungen des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union einzubeziehen.“**

**Abschließend: Wir sind mit Bündnis90/Die Grünen der Auffassung, dass die Festlegung in dem Kommissionsentwurf auf niedrigstem Niveau nicht nur dem im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgelegten Staatsziel „Tierschutz“ entspricht, sondern auch in eklatanter Weise dem Subsidiaritätsprinzip entgegensteht.**

**Zitat: „Eine so weit gehende und stark in die Kompetenz des deutschen Gesetzgebers eingreifende Regelung kann nicht ohne Einbeziehung und Mitentscheidung des Deutschen Bundestages getroffen werden. Da das Wohlbefinden oder Leid von Millionen von Tieren von der Ausgestaltung dieser Richtlinie abhängt, bedarf sie einer dringenden Überarbeitung. Auch der Ende 2009 in Kraft getretene Lissabon-Vertrag unterstreicht die Bedeutung des Tierschutzes in Europa und bekräftigt die rechtliche Wertung von Tieren als „fühlende Wesen.“**

**Wir bitten Sie inständig, den Verbesserungsvorschlägen für den Richtlinienentwurf von Bündnis90/Die Grünen zuzustimmen!**

**Partei Mensch Umwelt Tierschutz**

**i. A. Margret Giese  
Stellv. Bundesvorsitzende**